Die Mafia und die Banken – eine Allianz des Kapitals (Seite ???)

Badische Zeitung

Leserservice 0800 - 22 24 22 0
Private Kleinanzeigen 0800 - 22 24 22 1
Zentrale 07 61 - 496 - 0
Internet www.badische-zeitung.de

Ausgabenkennung · Montag, 12. Dezember 2011

Nr. 287/50 – 66. Jahrgang
Montag – Freitag: € 1,50
Samstag: € 1,60

Weltklimavertrag soll 2020 gelten

USA und China machen beim Kampf gegen die Erderwärmung mit

DURBAN (dpa/AFP/BZ). Die UN-Klimakonferenz hat einen Fahrplan für ein neues Klimaschutzabkommen beschlossen. Erstmals wollen auch Klimasünder wie die USA und China verbindlich festlegen, um wie viel der Ausstoß von Treibhausgasen gesenkt werden soll. Mit der am Sonntag erzielten Einigung setzte die EU durch, dass das Abkommen bis 2015 erarbeitet werden und 2020 in Kraft treten soll.

Bis dahin soll das Kyoto-Protokoll verlängert werden, das vor allem die EU-Staaten zum Klimaschutz verpflichtet. Die endgültige Entscheidung hierüber soll aber erst auf der nächsten Klimakonferenz im kommenden Jahr in Katar fallen. Ziel ist, dass zumindest die sich zu Kyoto bekennenden Staaten weiterhin hohe Klimaschutzverpflichtungen eingehen, bevor es erstmals einen Weltklimavertrag gibt.

Der Gipfel war mit 14 Tagen die längste aller 17 UN-Klimakonferenzen. EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard sagte: „Zusammen haben wir hier positiven Druck ausgeübt auf die, die etwas Druck brauchen.“ Die EU hatte durch einen Schulterschluss mit den ärmsten Ländern und Inselstaaten den Druck auf große Verursacher von klimaschädigenden Treibhausgasausstößen stark erhöht. Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) sagte am Sonntag: „Wir haben jetzt das Fundament und die Dynamik dafür, ein internationales Klimaschutzabkommen zu erreichen, das erstmalig für alle gilt.“

Südafrikas Außenministerin Maite Nkoana-Mashabane, die mit Beharrlichkeit einen harten Konflikt zwischen Indien und der EU über die Verbindlichkeit des Weltklimavertrags in letzter Minute gelöst hatte, sprach von einem historischen Meilenstein. Indien hatte es lange abgelehnt, verbindliche Ziele für die Einsparung von Treibhausgasen festzulegen.

Umweltschützer zeigten sich trotz des so nicht erwarteten Durchbruchs enttäuscht. Greenpeace: „Der unter Druck von Indien und den USA abgeschwächte Kompromiss wird nicht zu einem international verbindlichen Klimaschutzvertrag führen, sondern zu einem nur lose bindenden Abkommen.“ Der Start 2020 mache eine Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad fast unmöglich. Bis zu dieser Grenze halten Wissenschaftler den Klimawandel für beherrschbar.

Die EU wollte ursprünglich nur Formulierungen akzeptieren, die absolut verbindlich sind. Röttgen hält dies auch jetzt noch für gegeben. Es gebe einen Fahrplan „zu einem rechtsverbindlichen, globalen Klimaschutzabkommen“. Erfolgsmodell hierfür ist das rechtsverbindliche Kyoto-Protokoll, das in Ländern wie Deutschland seit 1990 laut UN zu einem Rückgang der Treibhausgase um 26,3 Prozent geführt hat. Bis 2020 sollen es 40 Prozent weniger werden. Das Problem: Die Staaten, die sich zu Kyoto bekennen, sind nur noch für 15 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. *Tagesspiegel; Thema des Tages, Seite 2*

Skispringer Freitag siegt

DEN ERSTEN SIEG eines deutschen Skispringers im Weltcup seit fast einem Jahr feierte Richard Freitag aus Aue, der hier von einem Teamkollegen beglückwünscht wird. Freitag gewann im tschechischen Harrachov – und in Severin Freund als Drittem kam ein weiterer Deutscher aufs Siegerpodest (Sport, Seite 16). FOTO: AFP

TAGESSPIEGEL

Europäer beim Klimagipfel

Kluge Allianz

Nach dem Fiasko bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen im Jahr 2009, musste man befürchten, dass die Welt künftig von den USA und China dominiert werden würde. Doch war dies auch einer falschen Verhandlungsstrategie der Europäischen Union geschuldet: Damals hat sich Europa darauf konzentriert, die USA mit ins Boot zu holen. Darüber hat die EU es versäumt, Allianzen mit Entwicklungsländern zu schmieden. Das Ergebnis ist bekannt: In Kopenhagen haben die USA und China, das Ergebnis unter sich ausgemacht, und die Europäer waren bei den entscheidenden Verhandlungen noch nicht einmal mit von der Partie. Diesen Fehler haben die Europäer in Durban vermieden. Und siehe da: Die meisten Länder der Welt vertrauen nicht auf freiwillige Maßnahmen der größten CO_2 -Emittenten, sondern ziehen eine verbindliche Regelung für alle eindeutig vor. Damit haben sich die Rollen vertauscht. In Durban mussten sich die USA, China und Indien erkennbar anstrengen, um nicht alleine und isoliert dazustehen. Die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern hat Europa also einen strategischen Vorteil verschafft und sollte daher vertieft werden. Dazu bietet sich insbesondere eine Verbesserung des EU-Reduktionsziels (der Ausstoß klimaschädigender Gase) von minus 20 auf minus 30 Prozent bis 2020 im Vergleich zu 1990 an. Dieser Schritt ist nicht nur im Interesse Europas, sondern wird auch von den Entwicklungsländern gefordert. Denn auch eine multipolare Welt ist nur so lange schön, wie sie nicht zu heiß wird. *Christian Mihatsch*

Weiterer mutmaßlicher Terrorhelfer verhaftet

KARLSRUHE (AFP). Im Zuge der Ermittlungen zu der Neonazi-Mordserie ist ein weiterer Tatverdächtiger festgenommen worden. Ein Einsatzkommando nahm den 36-jährigen Matthias D. im Erzgebirgskreis fest, teilte die Bundesanwaltschaft mit. Er soll Wohnungen angemietet haben. Dem Zwickauer Trio werden Morde, Sprengstoffanschläge und Banküberfälle zur Last gelegt. *Politik, Seite 4*

100 000 Demonstranten in Moskau

Präsident Medwedew will Einhaltung der Wahlgesetze überprüfen / 130 Festnahmen

MOSKAU (dpa). Bis zu 100 000 Menschen haben bei den größten Straßenprotesten von Regierungsgegnern in Russland seit mehr als einem Jahrzehnt Neuwahlen gefordert. Die Demonstranten werfen der Regierung Fälschungen bei der Parlamentswahl vor und fordern eine Wiederholung der Abstimmung. Ministerpräsident Wladimir Putin reagierte zurückhaltend, Kremlchef Dmitri Medwedew lehnte die Forderungen ab. „Ich stimme keinem der Sprüche oder Aufrufe zu, die auf den Kundgebungen gemacht wurden“, schrieb der Präsident auf seiner Facebook-Seite. Er habe aber befohlen, alle Berichte aus den Wahlbüros „auf Einhaltung der Wahlgesetze“ zu überprüfen. „Wir respektieren die Ansichten der Demonstranten, wir hören, was gesagt wird und wir werden ihnen weiterhin zuhören“, teilte ein Sprecher Putins. Auch in anderen Städten kam es zu Protesten. Landesweit wurden etwa 130 Menschen festgenommen. *Seite 3*

Das Wetter

Wolken, Regen und in höheren Lagen Schnee. Bis 9 Grad.

Wetterbericht, Seite ???

Fußball-Bundesliga

16. Spieltag: Die Sonntagsspiele

Dortmund – Kaiserslautern	**1:1**
Stuttgart – München	**1:2**

UNTERM STRICH

Ein Rasierer für Billionen

… kann durchaus die Fantasie anregen / Von Thomas Maron

Warnungen vor einer Inflation gab es zwar wegen der Eurokrise zuhauf. Dass die Preise aber so schnell in astronomische Höhen schnellen, hätten die Nutzer des Internetkaufhauses Amazon wohl nicht gedacht. Dort war bis vor kurzem ein Rasierer für 4 210 201 380 269,00 Euro zu haben. Das Versehen wurde zwar inzwischen korrigiert, aber das hielt die User nicht davon ab, den vermeintlichen Preisauftrieb munter zu kommentieren.

Herr Klare meint: „Rasiert gut und für das kleine Geld auch recht gründlich. Nachteil: Die Occupy-Bewegung zeltet jetzt vor meinem Geldspeicher. Ich kann diese Neider nicht leiden.“ Herr Schwartmann lobt einen „Rasierer für die gehobene Mittelklasse“, der sich „mit einem günstigen Kredit durch die EZB“ ohne weiteres finanzieren lasse. Kritik kam aus Oldenburg: Der Preis sei echt unverschämt, meckert „Wurststulle“. Das sei für ihn „ein komplettes Monatsgehalt.“ Dabei sei das Teil noch nicht mal von Apple. Ein anderer findet gut, dass er mit der anfallenden Umsatzsteuer „nebenbei den Staatshaushalt saniert“. Wolfsburg meint: „Endlich ein Rasierer, der uns aus der Finanzkrise führt.“ Dabei sei das Risiko für Käufer überschaubar, schreibt Herr Rasch. Sollte der Preis fallen, „werden die Rasierköpfe eben verstaatlicht“. „PPP“ hat sich „für den Preis gleich zwei gekauft“, bemängelt aber, dass der „Mitarbeiter, der als Halterung mitgeliefert wurde“, wenig tauge und ausgewechselt werden müsse. Für „Micha“ ist die teure Klinge eine lohnende Investition. Er habe zuletzt „mit dem Gedanken gespielt, Griechenland zu kaufen“, sich dann aber umentschieden: „Standard & Poor’s bewertet die Klinge mit AAA, so dass ich in näherer Zukunft das einzige maximal-kreditwürdige Lebewesen in der EU bin“. In Lampertheim taugte der Rasierer zur Paartherapie: „Seit mein Mann bei der Teleportation mit einer Stubenfliege verschmolzen ist, wachsen ihm grauenhafte Borsten am Rücken“. Mit der Billionenklinge seien die aber Ruckzuck ab: „Wir sind wieder ein glückliches Paar“.

Schäuble zeigt Zuversicht

„Bekommen Krise in den Griff“

MÜNCHEN (dpa/BZ). Finanzminister Wolfgang Schäuble sieht in den Ergebnissen des Eurokrisengipfels einen wichtigen Schritt zur Lösung der Schuldenkrise. „Ich bin ganz sicher, dass wir mit den vereinbarten, weitreichenden Maßnahmen zur institutionellen Reform der Europäischen Währungsunion die Schuldenkrise in Europa in den Griff bekommen“, schrieb er im *Focus*. Schäuble (69) erhält den Karlspreis 2012. Er habe dazu beigetragen, den europäischen Einigungsprozess zu vertiefen und die Währungsunion zu stabilisieren, so die Jury. Unterdessen sorgt das Veto von Großbritanniens Premierminister David Cameron auf dem Krisengipfel auch in seiner eigenen Regierung für Ärger. *Politik, Seite 4*

4 197357 201504 13950